



## WOHNEN IN STUTTGART:

# Gut, aber viel zu teuer!

Kürzlich veröffentlichte das stadteneigene Wohnungsbauunternehmen SWSG in einer Presseerklärung seinen Geschäftsbericht für das Jahr 2012. Es gibt wie üblich nur gute Nachrichten. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

### Sozialer Wohnungsbau am Ende

Gerade mal 65 neue Mietwohnungen baut die SWSG 2013. In den nächsten beiden Jahren sollen 620 Einheiten entstehen, allerdings nur 75 davon mit öffentlicher Förderung und daher zu einer ermäßigten Miete. Die SWSG-Geschäftsführung gab nach ihrer Pressekonferenz zur SWSG-Bilanz 2012 zu, dass der Miet- und Sozialwohnungsbau in den letzten Jahren „gar keine Rolle gespielt“ habe. Statt Wohnungen zu bauen, verkaufte man Wohnungen. Heute fehlen in Stuttgart mindestens 8 000 für den Normalverdiener bezahlbare Wohnungen und müssten pro Jahr mindestens 1 000 Sozialwohnungen gebaut werden.

### Unbezahlbare Mieten

Die durchschnittliche Nettokaltmiete beträgt bei SWSG-Wohnungen pro m<sup>2</sup> monatlich 6,33 Euro. Das klingt nicht schlecht. Doch die Mieter können sich nach einer Modernisierung ihrer SWSG-Wohnung die erhöhte Miete oft nicht mehr leisten. Im Hallsschlag wurden den Mietern Mietsteigerungen von über 60 % angekündigt, im Stuttgarter Süden von bis zu 70 %.

Auch Neumieten sind höher als die Durchschnittsmiete. Sie lagen 2011 rund 40 Prozent darüber. Neue Wohnungen sind vor allem für Familien kaum noch bezahlbar. Außerdem schaltet die SWSG inzwischen bei der Vermietung Makler ein. Zur Kautions von zwei Monatsmieten kommen dann noch hohe Maklerprovisionen. Wir von der DKP finden, dass Makler von dem bezahlt werden sollten, der sie beauftragt, also vom Vermieter.

### Gewinne verschwinden

Die Mieter der SWSG verschaffen dem Unternehmen jährlich hohe Gewinne, 2012 war es ein Überschuss von 13,3 Millionen Euro, im Vorjahr 15,9. Diese Gelder sollte die SWSG verwenden, um ihre Mieten niedrig zu halten. Doch ein Großteil davon verschwindet in der Stadtkasse. Statt die SWSG zu subventionieren, eignet sich die

Stadt die SWSG-Gewinne in Form von Steuern und Erbbaupachtzinsen an oder dadurch, dass sie die SWSG zwingt, ihr teure Grundstücke abzukaufen.

### Mieterverdrängung

Für den unsozialen Kurs der SWSG sind im Wesentlichen der frühere CDU-Oberbürgermeister Schuster und eine Gemeinderatsmehrheit verantwortlich, die aus CDU, FDP, Freien Wählern, SPD und Grünen besteht. Als Interessensvertreter von Privatvermietern, Investoren und Immobilienspekulanten haben sie den sozialen Wohnungsbau gezielt heruntergefahren, da diese Leute von der Verknappung sozialen Wohnraums profitieren. SWSG-Aufsichtsratsmitglieder von SPD und Grünen wollen attraktive Wohngebiete „durchmischen“ bzw. „strukturell verbessern“. Hinter diesen beschönigenden Worten verbergen sie die Absicht, Mieter mit kleinen Einkommen zu verdrängen und sie gegen besser verdienende auszuwechseln.



### Widerstand hilft

Die SWSG will künftig nicht mehr alle 2 Jahre die Mieten erhöhen, sondern alle drei Jahre. Das dürfte ein Erfolg der *Mieterinitiativen Stuttgart* sein, die sich inzwischen gebildet haben und des öffentlichen Drucks, den sie ausüben. Die Mieter erzielen weitere Erfolge, wenn sie nicht locker lassen, ihre Gegenwehr verstärken und wenn mehr Mieter mitmachen.

Oberbürgermeister Fritz Kuhn (GRÜNE) versprach auf seinen Wahlkampf-Plakaten: "Bezahlbarer Wohnraum für alle". Auf dieses Versprechen sollten wir uns nicht verlassen.

# Frühkapitalistische Zustände beim Premium-Hersteller Daimler

Mit der Sendung zu Leiharbeit und Werkverträgen am 15. Mai zeigte der SWR drastisch auf, was seit Jahren schon gängige Praxis beim Vorzeigeunternehmen Daimler ist. Ausgerechnet hier mitten in einer der reichsten Regionen der Welt kommt es bei der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft zu solchen Auswüchsen. Kein Wunder - seit Jahren jagt ein Kostensenkungsprogramm das andere. Manager werden daran gemessen wie sie besonders effektiv die Kosten senken, um den Profit zu steigern, nicht aber an der Qualität des Produkts und schon gar nicht an guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

## Ausbeutung wie vor 100 Jahren

Die „Alternative“, die Betriebszeitung, herausgegeben von kritischen IGM-Kollegen, hat diese Praxis schon seit Jahren thematisiert und kritisiert. Somit wurde diese verschärfte Form der Ausbeutung auch immer wieder an die Öffentlichkeit getragen.

Hier ein paar Beispiele aus dieser langen Tradition bei Daimler, die Kosten auf dem Rücken von Leiharbeitern und Werkverträgern zu senken:

Bereits in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts war die Firma IVM im Entwicklungsbereich bei Daimler mit Ingenieuren und Technikern gut vertreten. Nach einem kritischen Fernsehbericht über diese illegale Beschäftigung

wurden ca. zwei Drittel der Kolleginnen von Daimler übernommen, auch konnten sich Kolleginnen erfolgreich einklagen.

2009 wurde von Daimler-Kollegen aufgedeckt, dass über Werkvertrag Beschäftigte der Firma Formel-D zusammen

mit Daimler Kollegen in der Fahrzeugwerkstatt der Entwicklung am gleichen Fahrzeug Tätigkeiten nebeneinander verrichteten, genau wie jetzt in dem SWR-Beitrag gezeigt wurde.

Im Mai 2010 wurde von der „Alternative“ aufgedeckt, dass Kolleginnen der Firma DIWA im Bereich der Achsmontage damals für 7,51 € Stundenlohn, fast ohne Pausen und teilweise in Doppelschichten, arbeiten mussten. Fast alle waren befristet beschäftigt und wurden innerhalb eines halben Jahres fast komplett ausgetauscht.

2009 kam auch der Skandal um die Reinigungsfirma Klüh an die Öffentlichkeit, bei der teilweise unter 5 Euro Stundenlohn gezahlt wurde und wo es zu sexual-

len Belästigungen, Beleidigungen und z. T. zu tätlichen Übergriffen von Vorgesetzten gegen die Beschäftigten kam. Günter Wallraff sprach damals im SWR auch von frühkapitalistischen Zuständen.

## Subventionsbetrüger Daimler

Die Daimler-Chefs werden immer dreister. Der Staat ist der Staat der Kapitalisten und schreitet gegen diese illegalen Machenschaften ganz offensichtlich nicht ein. Das Ganze wird sogar noch subventioniert. Wie im SWR-Beitrag gezeigt, hätte der Undercover-Leiharbeiter als Vater von 4 Kindern bei 991,- € Monatslohn netto einen Anspruch von 1.550,- € Sozialleistungen im Monat aus der Staatskasse. Subventionsbetrug nennt man das eigentlich, was bei Daimler da läuft.

## Betriebsrat schaut weg

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende sagte in der SWR-Sendung, er wüsste davon nichts - ein trauriges Bild des bewussten Wegschauens. Darin spiegelt sich wieder, dass die IGM jahrelang vor allem die Interessen der Stammbeslegschaft im Blick hatte. Für diese wollte sie möglichst kampfflos auf Kosten der "Randbelegschaft" wie der Servicekräfte und der Leiharbeiter Zugeständnisse vom Kapital erreichen.

## Falsche Strategie

Eine solche Strategie geht langfristig nicht auf. Mit den billigeren Arbeitskräften, die über Leiharbeit oder gar Werkverträgen bei Daimler beschäftigt sind, können die Kapitalisten die Stammbeslegschaft zunehmend erpressen. Das ist ja u. a. der Sinn von Niedriglohnarbeit. Festangestellte und Leiharbeiter müssen daher zusammenhalten und gemeinsam kämpfen - wie in der letzten Tarifrunde begonnen wurde, in der Verbesserungen

für die Leiharbeiter durchgesetzt wurden, wenn auch noch keine völlige Gleichstellung. Sonst können die einen gegen die anderen ausgespielt und sogar als Streikbrecher gegeneinander missbraucht werden, sonst sind zuletzt alle die Dummen. Die IGM darf die Spaltung der Beschäftigten nicht unterstützen, sonst verschlechtert sie die Kampfbedingungen für alle. Die Erfahrungen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung mahnen an, dass nur kämpferisches und solidarisches Verhalten aller Arbeiter gegen die Kapitalmacht halbwegs vernünftige Ergebnisse bringt.

## Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen - gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

**Lohndrückerei bei Daimler**  
*Monatslöhne in Euro im 2-Schichtbetrieb in der Produktion:*  
Mitarbeiter eingestellt vor Aug. 2004:  
3.750 (Fertigung) 3.550 (Montage) ;  
Mitarbeiter (neu) nach ca. 2 Jahren:  
3.350 (Fertigung) 3.200 (Montage);  
Daimler-Leiharbeiter: 2.700;  
Ferienarbeiter: 2.350;  
Werkvertrags-Leiharbeiter: 1.250.